

Neuburger Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erhebt wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: W. H. Sauer in Köthen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köthen.
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Neuba Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 45 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Stellament 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Neuba — Bankverein Neuba.

Nr 46

Donnerstag, den 17. April 1930

43. Jahrgang

Die Mehrheit.

Angebot der letzten Referenzen.
Man kann lange in der Geschichte der parlamentarischen Kämpfe blättern, ehe man Kapitel von so beispielloser Spannung, von so beispielloser Nervenprobe findet, wie diese Tage, die jetzt hinter uns liegen. Sicher ist auch, daß diese Tage Nerven gefordert haben, daß sie aufstrebend gewesen sind, und daß mancher der beteiligten Kämpfer, auch wenn er Gewalt bei sich sehen mußte, hier mehr eingestuft hat als vielleicht Herz und Verstand auf einmal tragen können.
Das parlamentarische Wachen vor diesem Schicksal, der jetzt über die Bühne gegangen ist, war bewegter zum mindesten im Verlauf auch hürrischer und spannender als dieses Finale. Allerdings: als endlich, nach vierstündiger an sich überflüssiger Debatte die Stimmen zur Abstimmung klingen, da war es, als ob ein Fieber das Parlament durchschleiere. Mehrheit über Mehrheit, das war die einzige Frage, auf die nur die Urnen, die die Stimmgabeln der einzelnen Abgeordneten enthielten, Antwort geben konnten.
So war der Vormittag, so waren die Mittagsstunden, so war auch die letzte Minute vor der Verkündung der entscheidenden Abstimmungen angefüllt mit feierlichem Reden. Sicher ankommende, aber fertige Abgeordnete wurden geradezu buchstäblich registriert und nicht begannen das Geschehen von neuem. Drinnen im Plenarsaal schleppte mich eine letzte Debatte dahin, raute Stunden und Minuten, ohne Sinn und Zweck.
Über man brauchte diesen Zeitverlust.

Die Opposition brauchte ihn und die Gegner der Reichsfinanzreform brauchten ihn. Denn es kam auf den letzten Mann an, auf die letzte Minute, die man selbst aus dem Ausland noch herbeigeht hat.
Endlich ist man so weit. Endlich hat das Neuba ein Ende, endlich ist die Waagschale der Entscheidungen in Bewegung. Es hat noch niemals die Möglichkeit einer Stimmengleichheit gegeben. Diesmal war sie vorhanden. An der Stimmengleichheit bei der letzten Referenz konnte schließlich alles scheitern. So konzentrierte sich denn auch die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses auf diesen Augenblick.
Nun kam die letzte Klippe, die Biersteuer.

Drinnen im Saale wogt ein morgesendes Meer von Stimmgabeln. Die Nerven sind auf das äußerste gespannt.
Wie gebannt sind die Mäde auf den bayerischen Bauernbund gerichtet. Von diesen paar Stimmen hängt die Entscheidung über die Neuwahlen ab. Sinnen im Saale, rechts in der Mitte, sind ihre Plätze. Von allen Seiten strömt man herbei. Ein letztes Besessenwerden um Sa und um Wein; langsam kommt der Diener mit der Abstimmungsurne näher. Jetzt ist er bei ihnen, und jetzt — fallen weiße Karten in die Urne. Die Regierung ist gerettet. Die bayerischen Bauern haben nicht mit Rechnen geteilt. Die bayerischen und Prüf-Rufe schallen auf sie nieder. Stimmloser Jubel und die näheren Umgebung des Regierungslagers mehr diese Artide. Die Regierung hat gefiegt. Das Haus geht in Ferien. Ruhe herrscht in Wallatou, bis am 2. Mai bei den Beratungen über den Etat die Wogen der Erregung wieder hochgehen werden.

Der Etat im Reichsrat.

Die Befragung der Gemeinden. — Sparmaßregeln.
Berlin, 16. April.
Der Berichterstatter für den Reichsrat, der preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht, hat seiner Ueberlicht über den Reichshaushalt eine Zusammenstellung der finanziellen Erhebungen beigegeben, die über die Finanzangelegenheit von Reich, Ländern und Gemeinden in den Jahren 1926 und 1927 vorgenommen worden sind. Es ergibt sich daraus, daß die Ausgaben der Gemeinden weit über den Ausgaben der Länder liegen (5,9 Milliarden Mark Gemeinde-Ausgaben gegen 3,4 Milliarden Mark Länder-Ausgaben). Daraus wird der Schluß gezogen, daß die Entlastung des Reiches oder auch einzelner Länder von sozialpolitischen oder Verwaltungsausgaben stets Mehrausgaben bei den Gemeinden hervorgerufen hat, so daß man mit Ausgabenentlastungen im Reich sehr vorsichtig sein muß, wenn nicht die an einer Stelle ersparten Kosten an einer anderen wieder in Erscheinung treten sollen. Diese Finanzstatistik gibt zum ersten Male einen Ueberblick über die Gesamtansgaben von Reich, Ländern und Gemeinden.
Sie betragen im Jahre 1927 16,75 Milliarden Mark, wovon rund 7 Milliarden auf das Reich entfielen, der Rest auf Länder und Gemeinden im Verhältnis 3,3 : 5,8. Das bedeutet, daß der gesamte Finanzbedarf in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, rund 300 Mark betrug, von denen durch Verwaltungseinnahmen und 32 Mark durch Kredite 28 Mark gedeckt waren, während pro Kopf 240 Mark durch Steuern aufgebracht werden mußten.
Nach Brechts Darstellung für den Reichsrat besteht die Ansicht darin, daß sich die Befragung in absehbarer Zeit wesentlich vermindern läßt. Er betrie in letzter Richtlinien für Sparmaßnahmen erklärt, daß nur eine große Reichsreform wesentliche Veränderungen bringen könne, während sich durch Abstriche am Etat höchstens 100 bis 200 Millionen Mark im Reich ersparten ließen. Eine Befragung seiner Vorgänger hat er darin, daß in den normalen Reichsausgaben nur eine Verminderung um 58,2 Millionen Mark für das Jahr 1930 eingetreten ist. Die

Tatsache, daß überhaupt eine Verminderung stattfindet, scheint im Widerspruch damit zu stehen, daß die Netto-Ausgaben im Haushaltsplan 1930 11,2 Milliarden Mark betragen gegen 10,9 Milliarden Mark im vorangegangenen Jahr. Aber dieser Widerspruch erklärt sich daraus, daß im Jahr 1930 der Reichschatz besonders schwer belastet ist durch den Schuldentilgungsfonds von 450 Millionen und die Arbeitslosenversicherung, sowie durch die Verrückung der Arbeitslosenversicherung. Aus diesen Mehrbelastungen des Haushalts 1930 ist die Zahlung auf erhebliche Steuerentlastungen im Jahr 1931 eingetreten.
Da die Gesamtansgaben des Reiches um 354,8 Millionen Mark gestiegen sind, (einschließlich der erwähnten einmaligen Posten), kündigt der Reichsrat auf Grund der Befragung seiner Ausschüsse eine scharfe Nachprüfung der Mehrausgaben an. Es ist zu erwarten, daß im Reichsrat mehrere Länder mit Veränderungen in den vorgeschlagenen Mehrausgaben auftreten werden. Nach den wiederholten Verzögerungen und der Verbilligung eines Notstands bis Ende Juni wird es gerade im Interesse eines planmäßigen Sparprogramms dringend erforderlich sein, daß der Reichsrat seine Zustimmung nach der Beschließung durch den Reichsrat nunmehr auf das äußerste beschleunigt.

Um das Hilfsprogramm.

Die Denkschrift der Reichsregierung.
Berlin, 16. April.
Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat nunmehr die Denkschrift über die Hebung der durch die neue Grenzziehung notwendig gewordenen Gebiete des Ostens vorgelegt. Diese Denkschrift enthält die Feststellungen und Vorschläge, die zu einem sehr wesentlichen Teil bereits von der Regierung der Großen Koalition ausgearbeitet worden sind. Wie weit diese Vorschläge eine Ergänzung erfahren werden, ist zurzeit noch Gegenstand der Beratungen innerhalb der Reichsregierung. Obgleich werden die Vorschläge über die Bedarfsfragen nach eingehend geprüft. Unabhängig ist aber in der vorliegenden Denkschrift das Hilfsprogramm in seinem wesentlichen Teil dargestellt.
Es wird in dieser Denkschrift u. a. ausgeführt, daß zwar leinereise und Grenzmittel für Sachien und Bayern sowie für einen Teil des westlichen Nordostens zur Verfügung gestellt werden können, da es sich hier zwar nicht um blühende, aber um eingetrocknete Grenzen handelt. Gleichwohl ist unverkennbar, daß durch die zum Teil ganz sinnlose, weil wirtschaftliche Zusammenhänge willkürlich zerschneidende Grenzziehung gegenüber Polen, unweigerlich größere Notstände erwachen sind, deren Behebung angesichts der Reichsfinanzkraft der zur Verfügung stehenden Mittel in erster Linie ins Auge zu fassen war. So ist im neuen Hilfsprogramm zunächst davon abgesehen, die an die Theodor-Schmalz angrenzenden Randgebiete mit zu berücksichtigen.

Um die voraussichtlich doch nur beschränkten Mittel des Reichs und Preussens in den benachteiligten Randgebieten wirksam zu machen, sind in diesem Plane zu berücksichtigenden Gebiete sorgfältig abzugrenzen. Hierbei soll zwecks starker Konzentrierung der Mittel die Rücksicht auf die Lage an der polnischen Grenze ausschlaggebend sein. Es werden also nach diesem Programm zu betreuen sein ganz Ostpreußen, die vier Kreise Gumbinnen, Stuhm, Ermland und Rummelsburg des Regierungsbezirks Königs, die Kreise Gollschau-Schwiebusch und Friedeberg, Landsberg und Arnswalde der Provinz Brandenburg, die ganze Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, von Niederschlesien die Kreise Glatz, Müritsch, Rastlau, Gr. Bartenberg, Glogau, Grenzstadt und Grünberg und ganz Obererschlesien.
In West-Niedererschlesien soll eine besondere Wohnungsverfürge des Reichsministeriums des Innern für das Waldenburger Revier eingehen. Im übrigen wird es Dreuzen überlassen werden müssen, aus seinen Mitteln die Not West-Niedererschlesiens zu lindern.

Deutsch-polnischer Handelsvertrag.

Vor dem Beitritt Danzigs.
Danzig, 16. April.
Bald nach der Osterpause wird der Reichstag voraussichtlich auch die Entscheidung über den deutsch-polnischen deutsch-polnischen Handelsvertrag zu fassen haben, dessen Paraphierung bereits vor längerer Zeit erfolgt ist, so daß der Vertrag nur noch als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden kann.
In diesem Zusammenhang ist eine dem Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages vorliegende Statistik über den Spezialhandel mit Polen vom Jahre 1928 von Interesse. Demselben Uebersicht Deutschland nach Polen Lebensmittel, Rohstoffe und Fertigerwaren im Gesamtwert von rund 500 Millionen Mark, während die polnische Ausfuhr nach Deutschland von gleichen Warenartungen eine Höhe von etwa 350 Millionen Mark erreichte. Um einzelnen wurden aus Polen für 75 Millionen Mark Lebensmittel für 282 Millionen Rohstoffe und für 10 Millionen Mark Fertigerwaren eingeführt.
An ausländischen Zeitungen ist die Mitteilung erschienen, daß die Freie Stadt Danzig dem deutsch-polnischen Handelsvertrag bereits beigetreten ist. Dies trifft nicht zu. Nach dem bestehenden Danzig-polnischen Vertrag ist die polnische Regierung beim Abschluß von Verträgen mit fremden Staaten verpflichtet, Danzig die Möglichkeit zu verschaffen, gleichfalls Vertragspartei zu werden.

Der Artikel 6 des Danzig-polnischen Vertrages vom 9. November 1920 bestimmt, daß zunächst eine Beratung zwischen den Regierungen von Danzig und Polen darüber stattzufinden hat, wie weit die Bestimmungen des Vertrages den Danziger Wünschen entsprechen und wie weit ihre Ausübung auch auf Danzig in Frage komme. Erst wenn eine solche Beratung stattgefunden hat und eine Einigung erzielt worden ist, wird von Danzig eine Erklärung abgegeben, daß ein Beitritt zum Vertrag (gegebenenfalls unter bestimmten Bedingungen) genehmigt wird.
Bezüglich des deutsch-polnischen Handelsvertrages hat die vorgelegte Beratung noch nicht stattgefunden. Insofern ist auch eine Beitrittserklärung Danzigs noch nicht erfolgt.

Verfärbung von Frankreichs Ostgrenze

Die neuen Garnisonen der Befehlstruppen.
Paris, 16. April.
Der „Matin“ veröffentlicht Angaben seines erfahreneren Agenten über die Verteilung der bei der Rheinabdrängung aus Deutschland zurückgegangenen Truppen auf die französischen Garnisonstädte.
Während noch im Oktober 1929 der Plan bestand, das Generalkommando der 4. Kavalleriedivision von Trier nach Angers zu verlegen, wird es aus tatsächlichen Gründen für fastig angezogen, den Stab der 4. Kavalleriedivision mehr an die Nordostgrenze heranzuziehen.
Der Stab der 4. Kavalleriedivision wird also nicht nach Angers, sondern nach Reims verlegt. Das 6. Kavallerieregiment, das von Trier aus nach Moulins gehen sollte, soll jetzt nach Verdun kommen. Das 18. Dragonerregiment geht aus Landau ebenfalls nach Reims. Die 4. Automobilbrigade wird von Reims aus ebenfalls nach Verdun in den Osten unterbracht. Auch das 4. Dragonerregiment geht nicht von Trier nach Angers, sondern nach Verdun; das 2. Artillerieregiment erhält nach dem Wegzug aus Trier ebenfalls nicht Angers, sondern Verdun als Garnison.

Krise im französischen Schiffsbau.

Der Stapellau der „Atlantique“ verschoben.
Paris, 16. April.
Der Stapellau des für den Südamerika-Dienst bestimmten 40.000-Tonnen-Dampfers „Atlantique“ mußte wegen heftigen Sturms verschoben werden. Die für diese Gelegenheit angelegten Feiertage haben trotzdem stattgefunden.
Der Minister für die Handelsmarine, Rollin, besuchte sich in seiner Rede, die er am 12. Februar hielt, vor allem um der Kritik der französischen Schiffbau-Industrie die Ursachen für die Preisunterbiete zwischen der französischen Schiffbauindustrie und der des Auslandes, die zur Zerbombung zahlreicher Bauaufträge an das Ausland Anlaß gegeben hätte, seien von ihm mit besonderer Aufmerksamkeit geprüft worden. Der mit der Bearbeitung dieser Frage beauftragte nationale Wirtschaftsrat habe gerade seine Untersuchungen abgeschlossen und seine Vorschläge unterbreitet, die nunmehr attentiv verarbeitet werden müssen. Die Schiffbauindustrie und der Staat müssen gemeinsam bemüht sein, die französische Schiffbauindustrie mit der ausländischen konkurrenzfähig zu machen.
Im Rahmen des Wirtschaftsrates der Neuherausgerückter Präsident Fouad, die französische Schiffbauindustrie könnte mehr Aufträge übernehmen, wenn der Staat durch eine gerechte Kostenverteilung den französischen Werften die Möglichkeit geben würde, die Lieferten einzuführen. Gegenwärtig liefert Frankreich nur 23.000 Tonnen im Jahre, während England beispielsweise mehr als 1,5 Millionen Tonnen dem Weltmarkt zur Verfügung stellt.

Hoover über das Londoner Ergebnis.

„Ein großer Fortschritt.“
New York, 16. April.
Präsident Hoover hielt eine Ansprache im Rundfunk, in der er das Londoner Dreimächteabkommen in geistiger und moralischer Hinsicht als einen großen Fortschritt für die Welt bezeichnete. Er verteidigte weiter den Eintritt Amerikas in den Weltfriedensgerichtshof, lehnte aber gleichzeitig jede Verpflichtung zum bewaffneten Eintreten für die Erhaltung des Friedens ab.
„Wir sind zu der Ueberzeugung gekommen“, sagte er, „daß Amerika am besten durch eine Vermittlerrolle, Waffenspaß anzuwenden, den Befriedigen sichern kann.“
Diese Aeußerung ist eine Ablehnung an die Adresse der Völkerbundsfreunde. Hoover hob weiter hervor, daß die Abmachungen des Dreimächtevertrages 25 Prozent unter dem Genfer Flottenabkommen lägen und 12 Prozent des jetzigen Bauprogramms Englands, Japans und Amerikas betragen.

Englands Stellung am Nil.

Die Schweizerlei bei den ägyptischen Verhandlungen.
London, 16. April.
Der Verlauf der englisch-ägyptischen Verhandlungen hat, wie die englische Presse einheitlich zeigt, einen sehr feuchten Punkt erreicht. Die Verhandlungen wurden im Fo-

ma unterneht, von dem keine Nachricht vorliegt. Die Polizei prüft jetzt, ob an dem Wehler des Wagens nicht ein Verbrechen begangen worden ist. Eine dritte Möglichkeit wäre, daß das Erkennungszeichen des Wagens gefälscht ist.

Cera. Verurteilungen bei der WDR. In der zehnten Sitzung der Abg. des Abgeordneten-Rates in der letzten Sitzung des Abgeordneten-Rates in der Sitzung vom 16. April 1930 sind die Verurteilungen auf die Spur gekommen. Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung über den Umfang der Unterfertigung eingeleitet. Der Hauptverdächtige ist fruchtlos entfallen worden.

Leipzig. Den Schulkameraden erschossen. Ein 13jähriger Obersekundar, der aus einem Weichholz in der ältesten Wohnung im Bau-Bezirksteilbezirk hervorgegangen war, wurde am 12. April 1930 in der Straße des Hauptbahnhofes erschossen. Die Schulleitung hat die Ermittlung der Umstände der Unterfertigung eingeleitet. Der Hauptverdächtige ist fruchtlos entfallen worden.

Dresden. Mit der Faust erschossen. In der Nacht zum 12. April 1930 wurde ein 13jähriger Obersekundar in der Straße des Hauptbahnhofes erschossen. Die Schulleitung hat die Ermittlung der Umstände der Unterfertigung eingeleitet. Der Hauptverdächtige ist fruchtlos entfallen worden.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Zwölf Nationalsozialisten verhaftet. Der angeblich parteilose 23jährige Anders aus der Schillingstraße wurde in einem Lokal verhaftet, wo zwölf Nationalsozialisten verhaftet wurden. Die Schulleitung hat die Ermittlung der Umstände der Unterfertigung eingeleitet. Der Hauptverdächtige ist fruchtlos entfallen worden.

Landsberg (Mach). Diebstahl Schulkameraden. Von der Polizei in Landsberg wurde festgestellt, daß zwölf Diebstahl der letzten Zeit von Schulkameraden im Alter von sieben bis zehn Jahren ausgeführt worden sind. Ein siebenjähriger Junge ist von einem älteren „Kollegen“ zu Diebstahl in Hausfluren abgerichtet worden. Dadurch, daß man die unehelichen Kleinen auf frischer Tat ertappte, war es möglich, auch die anderen Schulkameraden zu ermitteln.

Dortmund. Zwei Bergleute getötet. Auf der Zeche Königshöhe in Altenbögge wurden zwei Bergleute mit einem Bergwagen gegen ein Breitenholz, wodurch die hängenden Gesteinsmassen ins Rollen kamen und abstürzten. Die beiden Knappen wurden unter dem Gesteinsmassen begraben und konnten erst nach mehrstündiger Arbeit der Bergbauingenieure als Leichen geborgen werden. Beide waren Familienmänner.

Planen. Vor den Nationalsozialisten Amerika geflüchtet. Der 23jährige Billi Baumhauer, der in der Reichstraße ein Lebensmittelgeschäft betrieb, ist nach Berlin geflüchtet. Der 23jährige Billi Baumhauer, der in der Reichstraße ein Lebensmittelgeschäft betrieb, ist nach Berlin geflüchtet. Der 23jährige Billi Baumhauer, der in der Reichstraße ein Lebensmittelgeschäft betrieb, ist nach Berlin geflüchtet.

Keine Chronik.

Poststurm des russischen Dichters Majakowski. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der russische Dichter Majakowski Selbstmord verübt. Der Untersuchungsrichter für die besonderen Angelegenheiten hat am 12. April festgestellt, daß der Selbstmord Majakowski auf Unzufriedenheit mit dem Ergebnis seiner Arbeiten zurückzuführen ist. Majakowski hinterließ einen Brief an die Vertreter der Sowjetregierung, der später veröffentlicht worden ist.

Ein neues deutsches Tagblatt in Preshburg. Zu Ostern erscheint in Preshburg die erste Nummer des neuen deutschen Tagblattes, das den Titel „Neues Preshburger Tagblatt“ (deutsch-österreichisch) führen wird. Die Leitung des Blattes übernimmt Emil Hofmeister.

In Ingarn erschaffen. Die Stromache in Gjob bemerkte in einem Fußball zwei junge Leute, die aus Leibeskräften Formidablen paddelten. Die Wache forderte sie auf, aus der Gjob zu kommen und sich auszuweisen. Sie leisteten dieser Aufforderung jedoch keine Folge und verließen die Gjob nicht. Die Wache forderte sie auf, aus der Gjob zu kommen und sich auszuweisen. Sie leisteten dieser Aufforderung jedoch keine Folge und verließen die Gjob nicht.

Ein schiedsgerichtlicher Wunderakt darf nicht nach Bolivien. Das Prager englische Konsulat demorgelte dem Prager Präfekten Spirito den Entwurf einer die Einreise nach Bolivien. Die Anhänger Spirito beaupten, die Weigerung des Konsulats sei auf Eingreifen der Riosisten zurückzuführen. Von zionistischer Seite wird erklärt, daß es sich um eine Erfindung handle, da die zionistische Organisation keinen Einfluß auf die Schiedsgerichtsbildung in Bolivien hat.

Ein Schiffskapitän erhebt seine Frau und sich. Hamburg, 16. April. Der 69 Jahre alte Schiffskapitän Peter Cepelin erhebt in seiner Wohnung seine 63jährige Ehefrau und rüdelte dann die Wache gegen sich selbst. Die Polizei beschlagnahmte Hausgeräte, mehrere Schiffe, die Cepelin besaß, sowie die Schlafsäle ihrer Dienerschaft, wo die beiden zusammen im Bett tot aufgefunden. Die Eheleute Cepelin sind, wie die Zeitschriften ergehen, im bedauerlichen Einvernehmen gemeinsam in den Tod gegangen. Der Kapitän war noch bis vor wenigen Monaten zur See gefahren. Es ist anzunehmen, daß er die Tat beging, weil er keine Aussicht mehr sah, wieder ein Schiff zu erhalten.

„Graf Zeppelin“ nach Bielefeld.

Bielefeld, 16. April. Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ wird nach der Rückkehr von der geplanten Südamerika-Fahrt im Laufe des Monats Juli der Stadt Bielefeld einen Besuch abstatten und auf einen geeigneten Platz vor den Toren der Stadt eine Zwischenlandung vornehmen. Die Vorbereitungen für den Empfang werden von der Ortsgruppe Bielefelds des deutschen Luftfahrer-Vereins und vom Westfälisch-Lippischen Weichholzklub getroffen.

Wegen Aufruhr verurteilt.

Dresden, 16. April. Der Arbeiter Richard Kießig hatte sich an den am 6. März stattgefundenen kommunalistischen Versammlungen beteiligt und war wegen Aufruhrs und Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt worden. Das gemeinsame Schöffengericht Dresden verurteilte deshalb Kießig zu 8 Monaten und 1 Woche Gefängnis.

Raubmord in Burg.

Ein Mordanschlag auf einen Postboten.

Costbus, 16. April. Als der Postbote in Burg im Spreewald, nachdem er bis gegen 12 Uhr nachts noch mit einem Gefährten im Büro gearbeitet hatte, seinen Garten betrat, wurde er von Verbrechen niedergeschlagen und erschossen. Nach Ausräumung des Verbleibendes, in dem sich noch Angehörige des Gefährten eines 2000 Mark wertigen Schmuckstücks befanden, wurden die Täter durch den Postboten durch den Keller, dessen Wohnung in den Hof mündet, verlassen und konnten bisher nicht ermittelt werden.

Der Kinobrand von Ucaia.

15 Kinder tot, 10 verletzt.

Rom, 16. April. Bei einem Kinobrand in Ucaia auf Sardinien sind 15 Kinder im Alter von 12 bis 18 Jahren umgekommen, während 10 weitere verletzt wurden, davon drei schwer.

Die Ursache des Brandes ist darin zu finden, daß ein Filmstreifen sich plötzlich entzündete und das Feuer einige Reihenstreifen ergriff. Im Zuschauerraum entzündete eine herabgefallene Zigarette das vergessene Zigarettenpaket und die Zigarette, die gleichzeitig das Licht in der ganzen Stadt ausging, wurde die allgemeine Panik verursacht, auch waren die Rettungsversuche in der Dunkelheit sehr erschwert. Der Provinzpräsident hat sich in Begleitung der zuständigen Beamten sofort an den Ort des Unglücks begeben, um eine strenge Untersuchung einzuleiten. In seinem Kommentar zu dem tragischen Ereignis heißt der „Popolo di Roma“, daß das Kino von Ucaia Stelle einer vor geschichtlichen Baraden dar, die allabendlich von einer großen Menge besucht wurden, die nicht wisse, welcher Gefahr sie sich aussetzte. 15 unglückliche Opfer forderten eine beispielhafte Bestrafung der Verantwortlichen und eine strenge Überwachung aller öffentlichen Kinos.

Landwirtschaftliches.

Bezüchtung von Krebse? Im fürstlichen Institut für Land- und Forstwirtschaft haben Krebsezüchtungsversuche an Schalen ergeben, daß Wasserlaufschnecken sowie Hart- und Weichschnecken zumachen, aber die Vermehrungseffizienz für sämtliche Wasserläufer hoch genug waren. Man führt das auf die Abstammung der Schnecken im Magen zurück und prophezeit die Heranzüchtung anderer Mineralien, die diesen Nachteil nicht in dem Maße haben sollen. — Dazu ist zu bemerken, daß man für das fürstliche Klima vielleicht zu viel Krebse bezüchtet hat, denn mit wissenschaftlich dokumentierten Mengen hat man in Deutschland, nicht zuletzt bei der Rübenschneckenfütterung, bisher keine schlechten Erfahrungen gemacht.

Rathschläge beim Ferkelaufen. Die Kreuze sind jetzt hoch, die sie es noch zu bleiben werden, ist wenig wahrscheinlich. Ein Grund mehr, auf unbedingte Gesundheit und Frohndigkeit zu achten. Daher mehr man nur bei bekannten Züchtern und geachteten Händlern kaufen. Ferner wäre es besser, nur nach Gewicht, statt nach Stückzahl zu kaufen, weil diese Ferkel viel zu früh von der Mutter weggerissen werden und dann nur feldend zunehmen. Man nehme nur Tiere, die mit sechs bis sieben Wochen 20–25 Pfund wiegen. Bisher wurden feldierte Eberfelle an Vieh gefüttert, weil das periodische Rauchen der Sauen die Gesundheitszunahme aufhält. Werden auch die Sauferkel feldiert, und zwar am besten gleich beim Füttern, so gäbe es keinerlei Veranlassung mehr. Nur höchste Mästlichkeit gibt stets eine Rente!

Der Baumspahl.

(Mit 2 Abbildungen.) (Krausdruck verboten.)

Neuer neu gepflanzte junge Baum muß, um ohne Störungen anzuwachsen zu können, einen Baumspahl erhalten. Dagegen einen solchen würden bei Wind und Wetter die neu gepflanzten Wurzeln im Boden abreißen und das



Verwachsen würde nur langsam vor sich gehen. Sind die Bäume angewachsen, so können die Spähle entfernt werden. Das Entfernen des Spahles soll im laublosen Zustand geschehen. Der Baumspahl wird am besten aus dem Holz gefertigt und zwar tief genug, um einen festen Sitz zu bieten. Damit er in dem Boden nicht fault, füllt man das untere Ende an oder befreit es mit einem Schutzmittel wie Teer. Die Spähle stellt man am besten auf die Seite des Baumes, von der der meiste Wind kommt, oder füllt sie mit Teer aus. Die Spähle soll im Winter die Frostplattenbildung zur Folge haben kann. Der Pfahl selbst soll glatt, gerade und genügend stark sein. Er darf nur bis an die Krone, nie in diese hineinragen, damit an den Zweigen durch das Reiben keine Wunden entstehen. Das Anbinden des Baumes soll so ausgeführt werden, daß ein Bäumchen nicht möglich ist. Zum Anbinden eignen sich sehr gut die Weiden, Strohseile oder starkes Band, welches unten und oben in Form einer 8 um den Baum und Pfahl gebunden wird.

Kunst und Wissenschaft

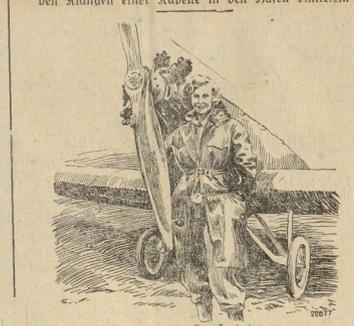
□ Öffentliche Sammlungen für Dichterdienstmänner. Im Hinblick auf rechtliche Zweifel, die sich darüber ergeben haben, ob Sammlungen zu Gunsten der Errichtung oder Unterhaltung von Denkmälern zur Ehrung von Dichtern, Liedbüchern oder Künstlern als Sammlungen für gemeinnützige oder vaterländische Zwecke im Sinne des Paragraphen 1 der Bundesratsverordnung vom 15. 2. 1917 angesehen sind, hat sich der preussische Minister für Volkswohlfahrt im Einvernehmen mit dem Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung entschlossen, betragliche Sammlungen, soweit sie nicht in den Formen einer Haus- oder Straßensammlung, sondern lediglich durch Herausgeben, durch Zeitschriften und durch mündliches Angehen einzelner auszusprechen bereitwillig ausgestellt werden, nicht mehr als genehmigungspflichtig zu behandeln. Für Sammlungen, die die Errichtung oder Unterhaltung von Denkmälern anderer Art, z. B. zur Ehrung der Kriegsgefallenen oder hervorragender Staatsmänner, zum Zwecke haben, bleibt es bei dem Genehmigungserfordernis.

Wermischtes.

□ Wie die „Chauffeur“ zu ihrem Namen kam. Nur die wenigsten unter uns dürften wissen, daß die Chauffeur, die Landstraßen, ihren Namen keineswegs (oder jedenfalls nur mittelbar) den Franzosen verdankt, wenn auch Chauffeur ein französisches Wort zu sein scheint. Der eigentliche Name war kein geringerer als — Karl der Große, der erste deutsche Herrscher, der planmäßig große Heerführer durch Deutschland legen ließ. Diese Heerführer waren mit Kalfasien ausgestattet, daher die lateinische Bezeichnung „calciata“ (eigentlich gefasste Straße), woraus im Französischen „voie chauffee“ und schließlich unter Fortlassung der „voie“ einfach die Chauffee als Heerführerstraße wurde. Wie ist es in diesen Zusammenhang die in Berlin N. in der Gasse, Budom, Mariendorf und Raminke noch heute bestehende fünf Gassenstraßen „Chauffeurstraßen“ (also Landstraßen-straßen) wirken, sei nur im Vorbeigehen geteilt. — D. Schriffl.



Der amerikanische Postboot-Commander Richard C. Byrd und seine Begleiter treten auf dem Dampfschiff „City of New York“ nach New York nach New York ein, um unter den Klängen einer Kapelle in den Hafen einzufahren.



Die bekannte, 22 Jahre alte deutsche Sportfliegerin, Frau Margarete Fuschab verbesserte in Stuttgart mit einem Klein-Deiftflugzeug den internationalen Höhenrekord für Leichtflugzeuge auf 4900 Meter. Ein bisher der polnische Flieger zwerte mit 4004 Metern hielt.

Spiel und Sport.

Nebrac Sportvereinigung von 1924.

Am Freitag, dem 18. April, führt die zweite Mannschaft nach Oshausen zum S. C. Schauen und erzieht dort die fälligen Rückspiele. Die Mannschaften müssen stark erlahmte Gegner antreten und es wird daher schwerfallen, die 3: 3: hier erzielten Resultate wieder zu erlangen. Die Mannschaften sind an unserer Abhangstraße bekanntgeben, Absatz mit dem Auto vom Vereinslokal 12.90 Uhr. Die dritte Mannschaft ist Spielert.

Für den 1. Osterfesttag (Schweben) sind Verhandlungen wegen Spielen der ersten und zweiten Mannschaft auf unserer Plage. Näheres in der nächsten Nummer dieser Zeitung.

Des Karfreitages wegen wird getreten, größere Anzeigen bis Donnerstagabend aufzugeben; nur kleinere Anzeigen können noch bis Freitag mittag angenommen werden.

Richtliche Nachrichten

Schönauerstadt

Samstag 10 Uhr: Beichte und heiliges Abendmahl.
Freitag, den 18. April 1930.
Samstag 10 Uhr: Hauptgottesdienst (Predigt über Markus 15,37–47). Nachmittag 6 Uhr: 6. Passionsopferdienst mit Beichte und heiligen Abendmahl (Anmeldungen vorher erbeten).
Abends 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindefest.

Brachliegende Milliarden.

Das brennende Problem Deutschlands.

Der Generaldirektor der Vereinigten Aluminiumwerke, Dr. von der Borien hat im Gesamtanlass zur Wahl der Interessen der Deutschen Metallwirtschaft eine Rede gehalten, die nach vorliegenden Nachrichten hin sehr aufschlußreich ist. Er beklagt sich u. a. mit der Arbeitslosigkeit, der Rationalisierung und den Schäden, die die Arbeitsverteilung, von natürlich menschlichen Arbeitskräften bedeutet. In diesem Zusammenhang ließ sich Herr Dr. von der Borien folgendermaßen aus:

„Da die Rohstoffkosten für den einzelnen Betrieb nicht unabhängig sind, wurde versucht, Erparnisse beim Entgelt für Arbeitsleistungen zu erzielen, menschliche Arbeitskräfte durch rationell arbeitende Maschinen zu ersetzen. Die Erstellung von Erparnissen wird allerdings wieder in Frage gestellt, wenn diese Maschinen nicht voll beschäftigt sind. Die gleichen Gründe, die in anderen Ländern zum Erlag menschlicher Arbeitskraft durch die Maschine führen, verhängen in Deutschland solch einen Beschluß noch keineswegs.“

Man darf nicht vergessen, daß jedermann, der durch Rationalisierung des Betriebes arbeitslos wird, die deutsche Wirtschaft mit rund 1100 Mark pro Jahr befaßt. Schließlich stellt jeder in der Wirtschaft stehende Mann — volkswirtschaftlich — genau eine Kapitalanlage dar wie eine Maschine.

Seder neu in die Wirtschaft einströmende Erwerbstätige hat der Allgemeinheit bereits rund 1400 Mark gekostet. Ist das durch vollständige Beschäftigung in großen Betrieben festgestellt, daß für die Reueinstellung je eines Erwerbstätigen die Aufwendung für neu zu beschaffende Maschinen, Werkzeuge, den für ihn notwendigen Platz, die Wohnfahrts-Einrichtungen usw. durchschnittlich 6000 Mark zu investieren sind. Seine Erziehung in Schule, Berufsausbildung und Sechsstundenarbeit erfordert pro Kopf mindestens 2000 Mk. für Wohnung, Verkehre-, sanitäre Einrichtungen, öffentliche Ordnung ist ein weiterer Betrag von 6000 Mark sicherlich eher zu niedrig als zu hoch gegriffen.

Mit jedem Erwerbstätigen über 18 Jahre, den wir danach aus dem Bereich ausweisen, des Berufsstandes, den er erlangen wird, das Volkswirtschaft um die Ausgaben solange geschädigt, als der Befreiende nicht die Möglichkeit hat, an anderer Stelle produktiv zu wirken. Die Arbeitslosigkeit bedeutet also eine sehr fühlbare Kapitalverlustrichtung.

Nach der obigen Rechnung befaßt jeder Arbeitslose die deutsche Wirtschaft je Jahr mit 1100 Mark. Das sind bei 2,5 Millionen Arbeitslose, wie sie zurzeit vorhanden sind, 2,8 Milliarden oder je Monat rund 238 Millionen Mark. Da jeder arbeitsfähige Mensch nach den Feststellungen des Herrn von der Borien eine Kapitalanlage von 14.000 Mark bedeutet,

so liegen nicht weniger als 35 Milliarden unlos abwach.

Ein je tiefer Kapitalwert, der unangewandt bleibt, bildet auf die Dauer eine große Gefahr für die Volkswirtschaft. Der Kapitalwert eines voll leistungsfähigen Menschen von 14.000 Mark ist also sehr niedrig zu bezeichnen. Der Direktor der Deutschen Bank, W. K. H., nahm auf der Düsseldorf-Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie den Wert eines voll leistungsfähigen Menschen mit 25.000 Mark an. Wie dem aber auch sei, auch 14.000 Mark sind eine u. angeheuerliche Summe, daß alles daran gesetzt werden müßte, dieses riesige Kapital von 25 Millionen für die Volkswirtschaft zu mobilisieren. Wo sind die öffentlichen Stellen, wo die Wirtschaftsführer, die dieses brennende aller Probleme zu lösen versuchen, die sich endlich bemühen, diesem größten Krebsbissen am Mark des deutschen Volkes zu heuern? Es ist doch geradezu tröstlich, daß bei einer Nation von 60 Millionen sich nicht ein Mann finden sollte, der energisch und zielbewußt das Uebel an der Wurzel ansieht und zum guten Ende führt.

Thüringischer Feldzug gegen die Negerkultur

Weimar, 14. April. Das Thüringische Ministerium des Innern und das Volkshilfswesenministerium haben eine Bekanntmachung gegen die durch Jazzband und Schlagzeugmusik, Negertänze, Negergötzen und Negerfeste sich mehr und mehr geltend machende Negerkultur erlassen, die dem deutschen Volkstum und das Gefühl schlagend und die irdischen Kräfte des deutschen Volkstums zu unterminieren geeignet sei. Derartige Darbietungen seien nach den Bestimmungen der Paragraphen 32, 33a, 53 Abs. 2 der Gewerbeordnung mit allen guten Sitten widersprechend anzusehen. Es sei verfügt, daß die Negerkulturen in allen solchen Fällen das Verbot auf Entziehung der dem Schauplatzunternehmer erteilten Erlaubnis einzuleiten.

Keine Reichszuschüsse für die fächlichen Zusperrten

Deesden, 14. April. Auf die wiederholten Vorstellungen der Sächsischen Regierung wegen der geplanten Zulassung von Müll- und Gasseubel hat die Reichsregierung durch das Reichsfinanzministerium geantwortet, daß die Finanzlage des Reiches im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht gestatte, Mittel für die Gewährung von Reichszuschüssen zum Bau dieser Zusperrten verfügbar zu machen.

Der Reichshaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1930 konnte nach der Lage der Verhältnisse für eine Zulassung von Mitteln zu einem solchen Reichszuschuß nicht in Frage. Ob und wann es möglich sein wird, für die Müll- und Gasseubel-Zusperrten einen Reichszuschuß in den Reichshaushaltsplan einzustellen, lasse sich zur Zeit nicht übersehen.

Urteil im Jakobowiski-Prozess.

Wer war der Mörder?

— Neufreitag, 16. April.

Nach 8 Uhr abends wurde im Jakobowiski-Prozess folgendes Urteil gesprochen: 1. Der Angeklagte August Nogens wegen Mordes zum Tode; 2. der Angeklagte Fritz Nogens wegen Beihilfe zum Mord unter Berücksichtigung des Jugendgerichtsgesetzes zu einer Gefängnisstrafe von vier Jahren; 3. die Angeklagte Frau Käbler wegen Beihilfe zum Mord unter Einbeziehung der vorjährigen Strafe zu sechs Jahren Zuchthaus. Den Angeklagten wird die Unterbringung im Gefängnis angedroht. Dem Angeklagten August Nogens werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit aberkannt. Wenn der Angeklagte Fritz Nogens keine Strafe bis auf ein Jahr verbüßt hat, wird ihm eine Berührungsfreiheit von fünf Jahren gegeben. Der Angeklagten Frau Käbler werden die bürgerlichen

Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren aberkannt. Die Kosten des Verfahrens sollen den Angeklagten zur Last fallen.

Die Urteilsbegündung beschäftigt sich zunächst mit dem Widerruf der früheren Geständnisse der Angeklagten und kommt zu der Feststellung, daß die für den Widerruf angenommenen Gründe vollkommen gegenstandslos seien. Auch nach dem Gehörten der Sachverständigen habe sich kein Anhalt dafür ergeben, daß es sich bei den Angeklagten um pathologische Lügner handele. Die Glaubwürdigkeit der Geständnisse der Gebrüder Nogens würde durch eine Reihe von Umständen, die die letzte Hauptverhandlung ergeben habe, unterstellt. Kreuzfeld scheidet als Täter aus. Es liege einwandfrei fest, daß er am Mordtage nicht in der Nähe des Verbrechensortes gewesen sei. Wälder erseheine am Mord wüßig uninteressiert, außerdem sei er jederzeit mit Kreuzfeld verhandelt gewesen. Seine Aussage erweise glaubwürdig. Nach dem Geständnis des August Nogens sei Jakobowiski in den Seidfabriken gegangen und habe den Heinen Ernst herausgeholt. Er sei dann bei der Tat zugegen gewesen. Das stimmt mit dem Zeugnis des Zeugen Murrian und der Frieda Führ überein.

Jakobowiski werde durch das Ausgangsgespräch und das Familienloggespräch belastet. Zweifellos habe Jakobowiski die Angeklagten zu der Tat angepöbelte. Er sei der Urheber des ganzen Verbrechens. Trotz der Geständnisse habe es das Gericht vermieden, bei der Feststellung des die Tat ausführenden über das Geständnis des August Nogens hinauszufragen.

Es belege die Annahme, daß August Nogens den Heinen Ernst aus dem Seidfabriken herausgeholt und an Jakobowiski übergeben habe, der dann den Mord ausführte, wenn er nicht von Wagner selbst ausgeführt wurde.

Entweder August Nogens oder Jakobowiski sei der Täter.

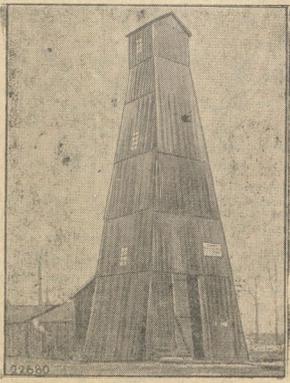
Eine solche Wahrscheinlichkeit ist nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts durchaus möglich. Beide hätten die Tatene vorläufig und mit Überlegung begangen. Der Angeklagte Fritz Nogens kommt nicht als Mittäter in Frage, sondern als Gehilfe. Die Beihilfe bestünde darin, daß er auftragsgemäß seinen Bruder August zur Ausführung der Mordtat beistellt und nach dem Mord die Leiche im Sande untersteckt habe. Er habe vollkommen überlegt gehandelt. Er sei damals auch fähig gewesen, das Angelegte seines Tuns einzulassen. Die Angeklagte Frau Käbler sei ebenfalls der Beihilfe schuldig. Sie habe gemerkt, daß die Tat mit Heeresgenug ausgeführt wurde. Da sie den Verdict, die brohende Gefahr, von der sie wußte, abzuwenden, nicht unternahm, komme ein Verdacht für sie nicht in Frage.

Der billige 1929er Wein.

Lehstin sind vom stahlreichen Reichsamt die Ziffern über den billigen Weinverkauf und ihren Ertrag im Jahre 1929 veröffentlicht worden. Wir bekamen in Deutschland 72.608,7 Hektar Land mit Wein. Der Weintrag war 1929: 2.019.427 Hektoliter, etwa um 31.000 Hektoliter geringer als im Jahre 1928. Der Ertrag des vergangenen Jahres hat einen Geldwert von 117 Millionen Reichsmark; er ist um etwa 33 Millionen Mark geringer als 1928.

Wenn in früheren Jahren der Ausmarkt den ersten Anstoß hinter sich hatte, bezieht sich umseitlich auch der Geschäftszug. Dieses Jahr mit das Geschäft nicht so recht in Schwung kommen, trotzdem die Winger bei ihrem großen Geldbedarf sehr entgegenkommende Preise machen.

An der Mosel wurden 207 Weine mit 900—1100 Rm. für 900 Hektoliter gehandelt. 1928 brachte es auf bis zu 850 Rm. für ein Fuder. Am Mittelrhein kam es zu wenig Abkäufen bei Preisen von 850—950 Rm. für 1000 Hektoliter 1928 und 670—850 Rm. für 1929er. An der Nahe sind 1928er für 500—700 Rm. das Stück zu haben. In Rheinhessen ist der Wein ein wenig lebhafte. Die Einkäufer bewilligten den Erzeugern Preise zwischen 500 bis über 1200 Rm. für 1200 Hektoliter 1928er, und auch 28er Weine brachten es auf diese Preise (anfänglich bei Abgaben für 750 Rm.). Am Rheingau kam es bei kleinem Geschäft zu Abkäufen um 550 bis 650 Rm. für das Halbfuder (600 Hektoliter) 1928er und 450 Rm. bis 550 Rm. für 28er. An der Pfalz wurden bei einer Versteigerung in Kallstadt für erstklassige Naturweine folgende Preise erzielt: 1928er: von 840—1550 Rm.; für 1929er: von 900—3280 Rm.; 27er Tafelweine: 1,50—1,60 Rm. Auf dem Grimstädter Weinmarkt, Grimstadt, blieben viele Gebote ohne Aufschlag. Preise für 1928er: von 530—700 Rm.; 1929er: 530—850 Rm.; 1928er Naturweine: von 380—396 Rm. für 1000 Hektoliter. Fast durchweg unter 1000 Rm. lagen die Preise bei einer Versteigerung von Naturweinen in Ulmeten. Der Wingerverein Ulmeten (Baden) hatte ganz ohne Erwartung eine so starke Nachfrage zu bewältigen, daß er nicht allen Kaufwünschen nachkommen konnte. Teilweise ist in Baden eine Aufwindentwicklung der Weinpreise zu verzeichnen. In Franken wurden für die 100 Hektoliter 1928er Weine 80 Rm. bezahlt, und bessere Erzeugnisse brachten es auf bis zu 200 Rm.



Große Kellerräume bei Bremen.

Im dem kleinen Ort Heddring nahe Bremen entdeckte die Bremer Erdöl-W.G. bei Bohrungen in ungefähr 700 Metern Tiefe ein sehr ergiebendes Kalkfeld und stellte auf dem Gelände einen Bohrort auf.

Am Oster-Sonnabend,

dem 19. April 1930,

bleiben unsere Geschäftsräume geschlossen.

Bankverein Artern, Spröger, Büchner & Co.

Kommandit-Gesellschaft auf Aktien

Abteilung Nebra a. U.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Freitag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr

„Der lebende Leichnam“

Drama von Leo Tolstol

Regie

„Der Kampf mit Pierdediebstahl.“

Es ladet fremdbüßig ein

Borgwardt.

Hotel zur Burg

Eigene Konditorei

Während des Osterfestes

Anstich von

Dortmunder und Pschorrbräu

Aufmerksamste Bedienung

Um zahlreichen Besuch bittet

freundl. O. Möder.

Sommer-Sprossen

auch in den bartnädigsten Fällen,

werden in einigen Tagen unter

Garantie durch das erste un-

schäd. Zahnfleischbrennsmittel

„Dennis“ (Schäke B) befreit.

Keine Schilfen. Preis DM. 2,75.

Gege. Brief, Brief (St. A.).

In Apotheken, Apotheken, S. Ulrich

In Apotheken, Apotheken, S. Ulrich

Adler-Druckerei, S. Ostmanns

WIPPACH

Den 1. Osterfeiertag, von nachmittags 1/3 Uhr ab

Preisskat.

Um rege Beteiligung bittet

M. Koch.

Rote Hände

über brennendes rotes Gesicht

werden in einigen Tagen unter

Garantie durch das erste un-

schäd. Zahnfleischbrennsmittel

„Dennis“ (Schäke B) befreit.

Keine Schilfen. Preis DM. 2,75.

Gege. Brief, Brief (St. A.).

In Apotheken, Apotheken, S. Ulrich

In Apotheken, Apotheken, S. Ulrich

Adler-Druckerei, S. Ostmanns

Als Ostergeschenk

erhalten Sie beim Einkauf

von 1 Pfund Kaffee

einen emaillierten Eimer GRATIS.

R. BARTHEL & NEBRA

Es steht in der WOCHE:



Heute das Osterheft kaufen!

Statt Karten

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und für die schönen Blumen Spenden, die uns beim Tode meines lieben, so plötzlich verstorbenen Mannes, unseres lieben Vaters, zuteil wurden, sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank.

Besonderen Dank Herrn Pastor Hoyer für seine trostreichen Worte am Grabe, Herrn Direktor Schiebel von der Zuckerfabrik Vitzenburg für den prachtvollen Kranz und das ehrenvolle Geleit und dem Bund der Kriegsbeschädigten für Stellung der erhebenden Musik und das ehrenvolle Geleit.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Marie Rost

Frieda Meyer geb. Rost und Geschwister.

Nebra a. U., im April 1930.

Märker Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erhebt wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Sauermann Weich, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 49 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Kleinformat 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Nebra.

Nr 46

Donnerstag, den 17. April 1930

43. Jahrgang

Die Mehrheit.

Angewandt der letzten Referenzen.

Man kann lange in der Geschichte der parlamentarischen Kämpfe blättern, ehe man Kapitel von so beispielloser Spannung, von so beispielloser Nervenprobe findet, wie diese Tage, die jetzt hinter uns liegen. Sicher ist auch, daß diese Tage Nervon gefolgt haben, daß sie aufsehend geworden sind, und daß mancher der beteiligten Kämpfer, ob er nun ein Gesetzler oder ein Politiker, sich mehr empfindet, als als vielseitig Herz und Verstand auf einmal tragen können.

Das parlamentarische Wochenende vor diesem Schicksal, der jetzt über die Bühne gegangen ist, hat bewegter zum mindesten im Anlauf auf sich selbst und spannender als dieses Finale. Allerdings: als endlich, nach vierstündiger an sich überflüssiger Debatte die Stimmen zur Abstimmung klangen, da war es, als ob ein Fieber das Parlament durchschlug. Mehr oder minder, das war die lange Frage, auf die nur die Arzenei, die die Stimmkarten der einzelnen Abgeordneten enthielten, Antwort geben konnten.

So war der Vermittlung, so waren die Mittagsstunden, so war auch die letzte Minute vor der Verkündung der entscheidenden Abstimmungen angefüllt mit feierlichem Reden. Jeder anwesende, jeder fortgehende Abgeordnete wurde geradezu buchnäßig registriert und jeder begann das Zahlenpiel von neuem. Drinnen im Plenarsaal schleppte mich eine letzte Debatte dahin, raubte Stunden und Minuten, ohne Sinn und Zweck.

Wer man brauchte diesen Zeitvertrieb.

Die Opposition brauchte ihn und die Gegner der Reichsfinanzauflösung nicht weniger. Denn es kam auf den letzten Mann an, auf die letzte Rede, die man selbst aus dem Ausland noch herbeigeholt hat.

Endlich ist man so weit. Endlich hat das Reben ein Ende, endlich ist die Baalgabe der Entschiedenheiten in Bewegung. Es hat noch niemals die Möglichkeit einer Stimmengleichheit gegeben. Diesmal war sie vorhanden. An der Stimmengleichheit hat der feierliche Vertreter konnte schließlich alle schreien. So konzentrierte sich denn auch die Aufmerksamkeit des ganzen Hauses auf diesen Augenblick.

Nun kam die letzte Klippe, die Berstener. Drinnen im Saale mochte ein morgesenes Meer von Stimmkarten. Die Nerven sind auf das äußerste gespannt.

Wie gebannt sind die Blicke auf den baperrischen Bauernbund gerichtet. Von diesen paar Stimmen hängt die Entscheidung über die Neuauflage ab. Hinten im Saale, rechts der Mitte, sind ihre Ränge. Von allen Seiten strömt man herbei. Ein letztes Liebeswerben um Sie und um Reim, langsam kommt der Diener mit der Abstimmungsurne näher. Jetzt ist er bei ihnen, und jetzt — fallen weiße Karten in die Urne. Die Regierung ist gerettet. Die baperrischen Bauern haben nicht mit Nein gestimmt. Keine sollen sich Reim und Reim-Rufe profieren auf sie nieder. Einziges Bedenken der besonnenen Umgebung des Regierungslagers wehrt diese Äntade. Die Regierung hat gefeigt. Das Haus geht in Ferien. Ruhe herrscht in Wallstadt, bis am 2. Mai bei den Beratungen über den Etat die Wogen der Erregung wieder hochgehen werden.

Der Etat im Reichsrat.

Die Bekämpfung der Gemeinden. — Sparmöglichkeiten.

— Berlin, 16. April.

Der Berichterstatter für den Reichsrat, der preussische Ministerialdirektor Dr. Bredt, hat seiner Ueberlicht über den Reichsausschuss eine Zusammenstellung der statischen Erhebungen beigegeben, die über die Finanzgebarung von Reich, Ländern und Gemeinden in den Jahren 1928 und 1927 vorgenommen worden sind. Es ergibt sich daraus, daß die Ausgaben der Gemeinden weit über den Ausgaben der Länder liegen (5,9 Milliarden Mark Gemeinde-Ausgaben gegen 3,4 Milliarden Mark Länder-Ausgaben). Daraus wird der Schluß gezogen, daß die Entlastung des Reiches oder auch einzelner Länder von sozialpolitischen oder Verwaltungsausgaben freis Mehrerausgaben bei den Gemeinden hervorgerufen hat, so daß man mit Ausgabenentlastungen im Reich sehr vorsichtig sein muß, wenn nicht die an einer Stelle ersparten Kosten an einer anderen wieder in Erscheinung treten sollen. Diese Finanzstatistik gibt zum ersten Male einen Ueberblick über die Gesamtausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden.

Sie betragen im Jahre 1927 16,75 Milliarden Mark, wovon rund 7 Milliarden auf das Reich entfielen, der Rest auf Länder und Gemeinden im Verhältnis 3,3 : 5,8. Das bedeutet, daß der gesamte Finanzbedarf in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, rund 300 Mark betrug, von denen durch Verwaltungseinnahmen rund 32 Mark, durch Kredite 28 Mark gedeckt waren, während pro Kopf 240 Mark durch Steuern aufgebracht werden mußten.

Nach Bredts Darstellung für den Reichsrat besteht keine Aussicht darauf, daß sich diese Belastung absehbarer Zeit wesentlich vermindern läßt. Er hat in seiner Richtlinien für Sparmöglichkeiten erklärt, daß nur eine große Reichsreform wesentliche Veränderungen bringen könne, während sich durch Absätze am Etat höchstens 100 bis 200 Millionen Mark im Reich erheben ließen. Eine Befristung seiner Berechnungen sieht er darin, daß in dem normalen Reichsausschuss eine Verminderung von 58,2 Millionen Mark für das Jahr 1930 eintreten ist. Die

Tatsache, daß überhaupt eine Verminderung stattfindet, scheint im Widerspruch damit zu stehen, daß die Netto-Ausgaben im Haushaltsplan 1930 11,2 Milliarden Mark betragen gegen 10,9 Milliarden Mark im vorangegangenen Jahr. Aber dieser Widerspruch erklärt sich daraus, daß im Jahr 1930 der Reichsetat besonders schwer belastet ist durch den Schuldentilgungsfonds von 450 Millionen und die Arbeitslosenversicherung, sowie durch die Beihilgen der Arbeitslosenversicherung. Aus diesen Mehrbelastungen des Haushalts 1930 ist die Hoffnung auf erhebliche Steuerentlastungen im Jahr 1931 eingetreten.

Da die Gesamtausgaben des Reiches um 354,8 Millionen Mark gestiegen sind, (einschließlich der erwähnten einmaligen Posten), kündigt der Reichsrat auf Grund der Beratungen seiner Ausschüsse eine scharfe Nachprüfung der Mehrerausgaben an. Es ist zu erwarten, daß im Reichsrat mehrere Länder mit Änderungsvorschlägen zu den vorgeschlagenen Mehrerausgaben auftreten werden. Nach den wiederholten Verzögerungen und der Bewilligung eines Notstands bis Ende Juni wird es gerade im Interesse eines planmäßigen Sparprogramms bringen erforderlich sein, daß der Reichsrat seine Arbeiten nach der Reichsentscheidung durch den Reichsrat mehrheitlich auf das äußerste beschleunigt.

Um das Hilfsprogramm.

Die Denkschrift der Reichsregierung.

— Berlin, 16. April.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat mehrheitlich die Denkschrift über die Lösung der durch die neue Grenzziehung notwendig gewordenen Gebiete des Ostens vorgelegt. Diese Denkschrift enthält die Feststellungen und Vorschläge, die zu einem sehr notwendigen Teil bereits von der Regierung der Großen Koalition ausgearbeitet worden sind. Wie weit diese Vorschläge eine Ergänzung erfahren werden, ist zurzeit noch Gegenstand der Beratungen innerhalb der Reichsregierung. Obens werden die Vorschläge über die Bestimmung des nach einander gerückt. Unabhängig ist aber in der vorliegenden Denkschrift das Hilfsprogramm in seinen wesentlichen Teil dargestellt.

Es wird in dieser Denkschrift u. a. ausgeführt, daß zwar jederzeit auch Grenzmittel für Sachsen und Bayern sowie für einen Teil des westlichen Niederschlesens zur Verfügung gestellt werden können, da es sich hier zwar nicht um blühende, aber um eingetorene Grenzen handelt. Gleichwohl ist unerkennbar, daß durch die zum Teil ganz sinnlose, weil wirtschaftliche Zusammenhänge vollständig zerschneidende Grenzziehung gegenüber Polen, unvorstelllich größere Notstände erwachen sind, deren Behebung ausschließlich der Reichsregierung der zur Verfügung stehenden Mittel in erster Linie ins Auge zu fassen war. So ist im neuen Hilfsprogramm zunächst davon abgesehen, die an die Tschechoslowakei angrenzenden Randgebiete mit zu berücksichtigen.

Um die voraussichtlich doch nur beschränkten Mittel des Reichs und Landes den eigentlichen Gebieten des Reichs wirksam zu machen, sind die in diesem Sinne zu berücksichtigenden Gebiete sorgfältig abzugrenzen. Hierbei soll zwecks stärkerer Konzentrierung der Mittel die Rückführung auf ihre Lage an der politischen Grenze ausschlaggebend sein. Es werden also nach diesem Programm zu betreten sein ganz Ostpreußen, die orte Kreis Gauenburg, Sitzen, Grop und Rummelsburg des Regierungsbezirks Köslin, die Kreise Jülich-Schwiebus und Friedeberg, Landsberg und Arnswalde der Provinz Brandenburg, die ganze Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen, von Niederschlesien die Kreise Guben, Müllitz, Ransau, Gr. Bartenberg, Glogau, Freytag und Grünberg und ganz Oberschlesien.

In West-Niederschlesien soll eine besondere Wohnungsfürsorge des Reichsministeriums des Innern für das Waldenburger Revier eingeleitet. Im übrigen wird es Preußen überlassen werden müssen, aus seinen Mitteln die Not West-Niederschlesens zu lindern.

Deutsch-polnischer Handelsvertrag.

Zur dem Beitritt Danzigs.

— Danzig, 16. April.

Bald nach der Osterpause wird der Reichstag voraussichtlich auch die Entscheidung über den beschleunigten deutsch-polnischen Handelsvertrag zu fällen haben, dessen Paraphierung bereits vor längerer Zeit erfolgt ist, so daß der Vertrag nur noch als Ganges angesehen oder abgelehnt werden kann.

In diesem Zusammenhang ist eine dem handelspolitischen Auspruch des Reichstages vorliegende Statistik über den Exportausfluß mit Polen vom Jahre 1928 bis September d. d. Damals lieferte Deutschland nach Polen Lebensmittel, Rohstoffe und Fertigwaren im Gesamtwert von rund 800 Millionen Mark, während die polnische Ausfuhr nach Deutschland von gleichen Warengruppen eine Höhe von etwa 300 Millionen Mark erreichte. Im einzelnen wurden aus Polen für 75 Millionen Mark Lebensmittel, für 282 Millionen Rohstoffe und für 10 Millionen Mark Fertigwaren eingeführt.

In ausländischen Zeitungen ist die Mitteilung erschienen, daß die freie Stadt Danzig dem deutsch-polnischen Handelsvertrag bereits beigetreten sei. Dies trifft nicht zu. Nach dem bestehenden Danzig-polnischen Vertrag ist die polnische Regierung beim Abschluß von Verträgen mit fremden Staaten verpflichtet, Danzig die Möglichkeit zu verschaffen, gleichfalls Vertragspartei zu werden.

Der Artikel 6 des Danzig-polnischen Vertrages vom 9. November 1920 bestimmt, daß zunächst eine Beratung zwischen den Regierungen von Danzig und Polen darüber stattfinden hat, wie weit die Bestimmungen des Vertrages den Danziger Wünschen entsprechen und wie weit ihre Anwendung auch auf Danzig in Frage komme. Erst wenn eine solche Beratung stattgefunden hat und eine Einigung erzielt worden ist, wird von Danzig eine Erklärung abgegeben, daß ein Beitritt zum Vertrag (gegebenenfalls unter bestimmten Bedingungen) genehmigt wird.

Bezüglich des deutsch-polnischen Handelsvertrages hat die vorgelegene Beratung noch nicht stattgefunden. Infolgedessen ist auch eine Beitrittserklärung Danzigs noch nicht erfolgt.

Verstärkung von Frankreichs Ostgrenze

Die neuen Garnisonen der Belagungsgruppen.

— Paris, 16. April.

Der „Matin“ veröffentlicht Angaben, seines Berichterstatters aus Nancy über die Verstärkung der bei der Rheinlandtrümmung aus Deutschland zurückgezogenen Truppen auf die französischen Garnisonstädte.

Während noch im Oktober 1929 der Plan bestand, das Generalkommando der 4. Kavalleriedivision von Trier nach Angers zu verlegen, wird es aus taffischen Gründen für logischer angesehen, den Sitz der 4. Kavalleriedivision mehr an die Nordgrenze heranzuziehen.

Der Etat der 4. Kavalleriedivision wird also nicht nach Angers, sondern nach Reims verlegt. Das 6. Kavallerieregiment, das von Trier aus nach Moulins gehen sollte, soll jetzt nach Verdun kommen. Das 18. Dragonerregiment geht aus Landau ebenfalls nach Reims. Die 4. Automobildivision wird von Mainz aus gleichfalls im Osten untergebracht. Auch das 4. Dragonerbataillon geht nicht von Trier nach Angers, sondern nach Verdun; das 2. Artillerieregiment erhält nach dem Wegzug aus Trier ebenfalls nicht Angers, sondern Verdun als Garnison.

Krise im französischen Schiffsbau.

Der Stapellauf der „Atlantique“ verzögert.

— Paris, 16. April.

Der Stapellauf des für den Südamerika-Dienst bestimmten 4000-Tonnen-Dampfers „Atlantique“ mußte wegen heftigen Sturmes verzögert werden. Die für diese Gelegenheit angelegten Feiertagsferien haben trotzdem stattgefunden.

Der Minister für die handelsmarine, Rollin, besuchte sich in seiner Rede, die er am dem Festen hielt, vor allem mit der Krise der französischen Schiffbau-Industrie. Die Ursachen für die Preisunterdrückung zwischen der französischen Schiffbauindustrie und der des Auslandes, die zur Vergebung zahlreicher Bauaufträge an das Ausland Anlaß gegeben hätte, seien von ihm mit besonderer Aufmerksamkeit geprüft worden. Der mit der Bearbeitung dieser Frage

verbundene keine Anlage unterbreitet, die meiniam bemüht mit der ausländischen

Behandlung der Schiffbauindustrie der Etat durch die zu berücksichtigen. Gekommen im Jahre, 3,5 Millionen

Ergebnis.

port, 16. April. Die im Rundfunk, um in geistiger Anfortschritt für

berücksichtigt weiter gerichtshof, lehnte beauftragten Einbermittlung, ergebnisartig, demitteltichtig, befristung, fritten sichern

Die Adresse der Vollerbindungsreihe. Hoover bot weiter hervor, daß die Abmachungen des Dreimächtevertrages 25 Prozent unter dem Genfer Flottenabstand lägen und 12 Prozent des jetzigen Bauprogramms Englands, Japans und Amerikas betragen.

Englands Stellung am Nil.

Die Schwierigkeiten bei den ägyptischen Verhandlungen.

— London, 16. April.

Der Verlauf der englisch-ägyptischen Verhandlungen hat, wie die englische Presse einheitlich zeigt, einen sehr kritischen Punkt erreicht. Die Berechnungen wurden im Fo-

